

neue Phase tritt, weil die stetig wachsende Intensität der Meeresnutzung den Übergang zu mehr institutionalisierten Nutzungsordnungen und anstaltsmäßigen Nutzungsformen notwendig macht. Neben dieser Tendenz, die er mit Recht nicht als Leugnung der Meeresfreiheit, sondern als die Entfaltung ihres allgemeinen Grundsatzes sieht⁹, bemerkt er auch die Neigung, in bestimmten Meeresteilen die Fischereifreiheit aller Staaten zugunsten besonders vom Fischfang abhängiger Küstenstaaten einzuschränken. Rojahn sieht hierin ein Zugeständnis an einzelne Küstenfishereistaaten, das das Ziel hat, zum Schutz der Meeresfreiheit den Anreiz zur einseitigen nationalen Inanspruchnahme von immer weiteren Teilen des Hohen Meeres abzuschwächen. Im übrigen bemerkt er — gewiß nicht zu Unrecht — in bestimmten Vorschlägen in Richtung auf ein soziales Nutzungsrecht eine Parallele zur sozialen Pflichtigkeit des Eigentums im innerstaatlichen Bereich, ein Gedanke, der nicht nur dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland innewohnt. Mit Nachdruck weist er jedoch darauf hin, daß die künftige Entwicklung anders als im Fall der Anschlußzone und des Festlandssockels und im Gegensatz zu den bereits geltend gemachten Ansprüchen der lateinamerikanischen Staaten nicht auf geographisch fest abgegrenzte exklusive Meereszonen für bestimmte Küstenstaaten hinzielt, sondern auf neue funktionale Formen staatlicher Rechtspositionen aufgrund einer wirtschaftlich-biologischen Konzeption.

VI.

Rojahn bietet genau das, was er in seiner Einleitung zu bieten verspricht: einen Beitrag zu der Auseinandersetzung über die weltweiten Bemühungen zu einem Versuch einer universalen vertraglichen Neuordnung der Meeresnutzung zu leisten durch eine Untersuchung über Entstehung, Umfang und Rechtfertigungsversuche der lateinamerikanischen Fischereiansprüche, durch Aufzeigen der zugrundeliegenden spezifischen Interessenlagen und der sozialen Notwendigkeiten sowie einer Darstellung der Aussichten und Möglichkeiten für eine internationale vertragliche Berücksichtigung jener Ansprüche. Der Versuch ist gelungen — der Beitrag ist geleistet worden.

Günter Hoog

HANS-BERND SCHÄFER

Imperialismusthesen und Handelsgewinne. Zur Theorie der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Willy Kraus

Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1972, 184 Seiten

Mit den Welthandelskonferenzen, den jüngsten währungspolitischen Entscheidungen und den Entwicklungen in einzelnen Entwicklungsländern, wie insbesondere Chile, Kuba und Vietnam, sind auch unter nichtmarxistischen Ökonomen Thesen und Argumente wieder aufgegriffen worden, die in der ökonomischen Imperialismusdebatte zu Anfang des Jahrhunderts für die Erklärung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrieländern und Kolonien eine Rolle gespielt haben. Das

⁹ Vgl. hierzu auch Herbert Krüger, Vorbemerkung zu: *From the Law of the Sea towards an Ocean Space Regime*, edited by Eckart Böhme — Max Ivers Kehden, Hamburg 1972.

vorliegende Buch gibt auf rund 150 Druckseiten mit 432 Anmerkungen einen breiten Überblick über Thesen und Gegenthesen in bezug auf Ausbeutung, Systemstabilisierung und Verteilung der Handelsgewinne. Anhand empirischen Materials versucht der Autor, das Ausmaß des Realeinkommenstransfers von den Entwicklungsländern zu den Industrieländern zu bestimmen; in den theoretisch-methodologischen Teilen erschließt er dem Leser die volle Heterogenität der ökonomischen Lehrmeinungen und Erklärungsversuche — wie auch den schwankenden Boden einer sich als wertfrei bezeichnenden Ökonomie — im Hinblick auf den Imperialismusverdacht.

Das erste Kapitel gibt zunächst einen kurzen Überblick über die älteren Imperialismustheorien von Lenin, Luxemburg, Hilferding und Hobson, deren Gemeinsamkeit der Autor besonders in zwei Thesen sieht: der Ausbeutungsthese („Die kapitalistischen Länder beuten die Kolonien aus, indem sie sich Teile von deren Produktion aneignen“) und der Stabilisierungsthese („Die Reproduktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems wird stabilisiert durch Kapitalexport und anschließenden Warenexport“). Schäfer ist der Meinung, daß diese beiden Thesen sich gegenseitig ausschließen. Wenn der Kapitalismus zur Überproduktion neige, könne er nicht gleichzeitig einen Teil des Sozialprodukts der Entwicklungsländer absorbieren. Den Grund des Widerspruchs sieht er darin, daß das von den älteren Imperialismustheoretikern unterstellte Gesetz der fallenden Profitrate weder theoretisch noch empirisch gültig sei (2. Kapitel), daß die „gegenwirkenden Faktoren“ — wie Kartellierung und Monopolisierung — vielmehr ein Profitgefälle von den Industrie- zu den Entwicklungsländern hätten entstehen lassen, nicht umgekehrt. Er unterstreicht den Myrdal'schen Kontereffekt: wenn keine Devisenbeschränkungen bestünden, würden die Kapitalbesitzer der unterentwickelten Länder ihr Kapital exportieren¹. Möglichkeiten zu hohen Profiten existierten allenfalls in wenigen Exportbereichen der Entwicklungsländer, wo westliche Unternehmen monopolistische Extraprofite erzielen könnten.

In Kapitel 3 und 4 werden verschiedene Mechanismen untersucht, die eine Ausbeutung der Entwicklungsländer möglich machen. Ein plausibler Ausbeutungsbegriff könne — so meint der Autor — nur pragmatisch durch Übereinkunft festgelegt werden. Für seine empirische Untersuchung grenzt er ihn so weit ein, daß länderbezogene Ausbeutung als notwendige (wenn auch möglicherweise nicht hinreichende) Bedingung einen Realeinkommenstransfer in die Industrieländer zur Voraussetzung habe. Danach liegt Ausbeutung dann vor, wenn in einer längeren Periode ein Land mehr an realen Gütern an andere Länder abgeben muß, als es selbst empfängt (Mengenkomponente), oder wenn über terms-of-trade-Verschlechterung ein Realeinkommenstransfer stattfindet (Preiskomponente). Für die 15-Jahres-Periode wird die Entwicklung der Handelsbilanzen (Exporte fob, Importe cif) der Entwicklungsländer insgesamt, nach Großregionen und für einzelne Länder untersucht. Für die Gesamtheit der Entwicklungsländer zeigen sich in dieser Periode Importüberschüsse, was nach der verwendeten Definition (Verhältnis von Importen zu Exporten unter 100 % = Ausbeutung) der Ausbeutungsthese widerspricht. Wörtlich: „Die These von der Ausbeutung der Dritten Welt im klassischen Sinne des Realeinkommenstransfers über Handelsbilanzsalden kann deshalb für unsere Zeit . . . nicht aufrechterhalten werden“ (S. 66).

¹ G. Myrdal, *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen*, Stuttgart 1959, S. 29.

Die regionalisierte Betrachtung ergibt für Lateinamerika das Bild einer massiven Ausbeutung, für Mittelamerika überwiegen dagegen langfristig die Importüberschüsse; das gleiche gilt für Afrika und Süd- und Ostasien, während für den Mittleren Osten ein hoher Ausbeutungsgrad konstatiert wird. Bei der Länderbetrachtung werden Venezuela, Irak, Zambia, Indonesien, Kongo, Chile als chronische Exportüberschuß-(Ausbeutungs-)länder ausgewiesen, während Südvietnam, Südkorea, Tunesien, Indien, Pakistan u. a. als langfristige Importüberschußländer erscheinen und Libyen als Musterbeispiel für einen Handelsbilanzumschwung angesehen wird.

Daß ausgerechnet Südvietnam mit einem durchschnittlichen Verhältnis der Importe zu den Exporten von 547 % (für 1967 sogar von 3362 %) die höchste relative Importkapazität in der ganzen Welt aufweist, mag für manchen bereits Hinweis genug sein dafür, daß die Messung der Ausbeutung anhand solcher ökonomischer Globalziffern und ohne weitere Strukturierung der Export- und Importseite höchst problematisch ist oder, wie der Autor selbst sagt, „. . . daß Importüberschußländer nicht in jedem Fall als begünstigte Länder zu klassifizieren sind“ (S. 78). Er relativiert daher die Aussagefähigkeit der Untersuchung (S. 85 ff.) und zeigt auf, daß man, je nach theoretischem Ansatzpunkt, zu völlig unterschiedlichen Aussagen über den Wert von Export-(Import-)überschüssen gelangt, so daß die Antwort auf die Frage nach der richtigen Entwicklungsstrategie davon abhängt, welcher Theorie man die größere Realitätsnähe in bezug auf die jeweilige Situation der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft zumißt.

Die empirische Aussage wird weiter erschwert, wenn man in Betracht zieht, daß ein Realeinkommenstransfer auch über die Verschlechterung der terms-of-trade stattfindet. Einen sehr breiten Raum widmet der Autor den modelltheoretischen Auswirkungen des Wachstums, des Kapitalexports und der Sozialkosten auf die Entwicklung der terms-of-trade. Die empirischen Untersuchungen von Prebisch² über die tatsächliche Verschlechterung der terms-of-trade, die die allgemeine entwicklungspolitische Diskussion und insbesondere die Welthandelskonferenzen entscheidend sensibilisiert haben, werden von Schäfer als zu global bezeichnet. Statt dessen empfiehlt er eine güter- und länderspezifische Analyse, wobei er sich insbesondere auf die Arbeit von Sieber bezieht, die dieser allerdings eher im Sinne einer Rechtfertigung der Prebisch-Analyse versteht³.

Im 5. Kapitel wird zunächst auf die Lenin'sche Bestechungsthese eingegangen („Die Arbeiter der kapitalistischen Länder verbessern ihre Position auf Kosten der Kolonien“), die eine sehr enge Verbindung zu einer der Hauptthesen von Prebisch aufweist („Die organisierte Arbeiterschaft in den hochindustrialisierten Ländern setzt höhere Löhne durch, die, von den Unternehmern auf die Preise der an die Entwicklungsländer verkauften Produkte überwälzt, deren terms-of-trade verschlechtern und damit einen Realeinkommenstransfer zu ihren ungunsten bewirken“). Neoklassische Gegenthese hierzu ist das Heckscher-Ohlin-Theorem (Lohn- und Profitniveau zwischen zwei Ländern gleichen sich nach Aufnahme der außenwirtschaftlichen Beziehungen einander an), das alle modernen Lehrbücher und Forschungen durchzieht, obwohl seine Annahmen so stringent sind, daß jede ernsthafte Reflexion seine Irrelevanz für die Realität aufdeckt. Im vorliegenden Buch

2 R. Prebisch, *The Economic Development of Latin America and its Principal Problems*, UN Economic Bulletin for Latin America, Vol. VII, No. 1.

3 H. Sieber, *Die realen Austauschverhältnisse zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten. Eine Verifizierung der These Prebischs*, Tübingen 1968.

folgt der Dartsellung und Kritik des Theorems daher die Gegenthese in Form der Verteilungstheorie von Kalecki („Durch die relativen und absoluten Preissenkungen der hauptsächlich aus den Entwicklungsländern stammenden Rohstoffe gelingt es den Arbeitern der Industrieländer, ihre Lohnquote aufrechtzuerhalten, die andernfalls aufgrund der zunehmenden Monopolisierung der Wirtschaft sinken müßte“), die wiederum eine Paralleltät zu Prebischs und Lenins These besitzt.

Das letzte Kapitel bringt eine ausführlichere Stellungnahme zur anfangs gestellten Frage nach der Stabilisierungsfunktion des Kapitaleports und der Überproduktionstendenz des Kapitalismus, wie sie von den früheren und neueren Imperialismuskritikern angenommen werden. Schäfer weist diese Annahmen trotz verschiedener sie bestätigender Untersuchungen zurück, mit der nicht weiter belegten Feststellung, daß die Unterabsorptionsthese seit Keynes (staatlich kontrollierte Expansion und aktive Beschäftigungspolitik) zu den Akten gehöre. Das naheliegende Gegenbeispiel der westdeutschen Wirtschaftskrise 1966—67, bei der sich die Exportkredite im Rezessionsjahr 1967 gegenüber den drei Vorjahren immerhin fast vervierfachen, hält er nicht für typisch, sondern eher für einen Betriebsunfall staatlicher Konjunkturpolitik.

Udo E. Simonis

KLAUS-PETER TREYDTE

Genossenschaften in Libyen. Entwicklung, Stand und Struktur des libyschen Genossenschaftswesens

Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 79. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen. Hannover 1970. 184 pp., 19,80 DM

Das Genossenschaftswesen in Libyen ist anders als das in den benachbarten nordafrikanischen Staaten Ägypten und Tunesien¹ eine sozial unbedeutende Erscheinung in diesem Entwicklungsland. Daran hat sich auch nach dem Militärputsch vom September 1969, mit dem die Monarchie beendet wurde, nichts geändert. Die Arbeit von Treydte bezieht sich auf die Zeit vor dem Putsch unter der Monarchie. Daß das libysche Genossenschaftswesen eine *quantité négligeable* ist, wird von Treydte auch nicht bestritten; ja er weist dies in seiner Studie sogar nach. Wir halten es daher für sinnvoll, uns in dieser Besprechung auf Treydtes allgemeine Ausführungen über Libyen zu konzentrieren und das Genossenschaftswesen nur am Rande zu behandeln.

Das erste und umfangreiche Kapitel in Treydtes Buch, das eine Einführung in die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Libyens gibt, rechtfertigt sich nicht nur dadurch, daß hierzulande nichts Näheres über Libyen bekannt ist², sondern auch dadurch, daß das Material über das libysche Genossenschaftswesen nicht hinreicht, um über diesen Gegenstand eigens ein Buch zu schreiben. Treydte

¹ Cf. B. Tibi, „Agrarreform und Genossenschaftswesen in einem Entwicklungsland: Ägypten“, in: VRÜ, Bd. 5 (1972), H. 1, pp. 57—75, sowie idem, „Das tunesische Genossenschaftsexperiment: Beispiel einer gescheiterten agrarstrukturellen Transformation“, in: VRÜ, Bd. 5 (1972), H. 2, pp. 145—160; beide Arbeiten sind auch enthalten in B. Tibi, *Militär und Sozialismus in der Dritten Welt, Allgemeine Theorien und Regionalstudien über arabische Länder*, Frankfurt/M. 1973 (edition suhrkamp 631), § 8 und 10.

² Nach wie vor bleibt die Studie von Khadduri über das moderne Libyen die umfassendste Informationsquelle, wenngleich sie inzwischen zehn Jahre alt ist. Cf. Majid Khadduri, *Modern Libya, A Study in Political Development*, Baltimore 1963; auf diese Quelle stützt sich auch Treydte weitgehend. Über die Entwicklung nach dem Militärputsch von 1969 gibt es noch keine umfassenden Studien, obwohl inzwischen eine Reihe von wichtigen Aufsätzen vorliegt, die allerdings nur Vorarbeiten sind. Cf. die Aufsatzbibliographie, die in jedem Heft der Vierteljahresschrift „The Middle East Journal“ enthalten ist. Cf. auch die jedoch mehr populärwissenschaftliche Publikation von John Wright, *Libya*, London 1969, und jetzt R. Farley, *Planning for Development in Libya*, N. Y. 1971.